

Vorwärts zur Wolfsgesellschaft?

Autor(en): **Glaser, Leopold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **52 (1997)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891832>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vorwärts zur Wolfsgesellschaft?

Die folgenden Gedanken aus der Zeitschrift «Publik-Forum» sind für deutsche Leser geschrieben worden. Sie gelten aber für unser Land genauso. Wenn auch die demokratischen Strukturen bei uns etwas anders beschaffen sind, heisst das keineswegs, dass wir von den hier geschilderten Tendenzen nicht betroffen wären. (Red.)

Die Politik vergrössert die soziale Spaltung der Gesellschaft – und amputiert die Freiheit im Namen der Freiheit.

Von Leopold Glaser

Viele wichtige gesellschaftspolitische Fragen, die uns heute bewegen, zumal die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, verweisen uns immer wieder auf das Datum 1989. Jenes Jahr hat sich uns eingepreßt als Symbol einer Wende, nach der nun nichts mehr so ist, wie es einmal war. Zunächst als grosser Sieg der Demokratie und der Freiheit allenthalben jubelnd begrüsst, steht es jetzt zunehmend für eine dramatische, angstbesetzte Wende auch im Westen, Beginn einer neuen, ganz grossen Ratlosigkeit: angesichts einer Tag für Tag ihre Unfähigkeit zur Bewältigung ihrer Aufgaben demonstrierenden Politik, die anscheinend nur noch die Wege des geringsten Widerstandes zu gehen imstande ist. Und so wächst nicht nur die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger um ihre persönliche Zukunft; es wächst angesichts der scheinbar nicht mehr steuerbaren, jedenfalls politisch nicht mehr gesteuerten Dynamik der ökonomischen Wandlungsprozesse auch die Gefahr für das freiheitlich-demokratische Gemeinwesen überhaupt.

Paradox gesagt: Der Sieg der Demokratie (oder des Westens oder des Kapitalismus) hat das Problem verschärft, für dessen Lösung er zunächst gehalten wurde. Und dabei ist die Demokratie durch die Demokraten selbst gefährdet, genauer: durch die zu ihrer Gestaltung und Erhaltung berufenen Politiker.

Denn die Krise der Demokratie, von der seit einiger Zeit allenthalben die Rede ist, ist – zusammen mit der permanenten Strukturkrise der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft – vor allem eine Krise der politischen Gestaltungskraft, wozu auch das längst desolat gewordene Verhältnis der Politiker zu den Bürgerinnen und Bürgern gehört. Weswegen nicht wenige Bürger sich die im Rückblick auf die deutsche Geschichte nicht ungefährliche Frage stellen, ob denn «die Demokratie» überhaupt die geeignete Staatsform sei, die anstehenden Probleme zu lösen.

Die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer

Es ist die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, die so rapide fortschreitet, dass sie sich zur Gefahr für Demokratie und Freiheit auszuwachsen droht. Und es ist der Skandal der derzeit herrschenden Politik, dass sie sich um diese Gefahr gar nicht mehr kümmert; dass sie – offensichtlich fixiert auf einen kurzatmigen und kurzsichtigen Aktionismus finanzpolitischer Jonglier-Massnahmen – den Kopf in den Sand steckt und die möglichen dramatischen Folgen beharrlich ignoriert. Offenheit, Phantasie, kritisches Denken – also Verantwortungsbewusstsein auf die Zukunft hin – gelten der heutigen

Politikergeneration nicht als erste Tugend. Das Desinteresse der Politik am Nachdenken über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist eine wesentliche Ursache für den Mangel an Konzepten und Strategien. Statt dessen hängt man falschen Propheten an, jenen neoliberalen Ideologen, deren einziges Credo der Markt, der Markt und der Markt ist: eine Ersatzreligion, die im Namen der Freiheit die Freiheit amputiert; so dass nur noch frei ist, wer stark genug ist, sich «am Markt» durchzusetzen. Mit dieser Ideologie der halbierten Freiheit steht aber die Freiheit unserer Gesellschaft auf dem Spiel. Das mag nicht leicht zu vermitteln sein, da die Geschichte der alten Bundesrepublik eben keine Freiheitsgeschichte ist, sondern vielmehr zuallererst eine Wohlstandsgeschichte war, und die Bürgerrechte, zunächst unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Irrwegs und mit Hilfe der Besatzungsmächte mühsam erkämpft, unter dem Druck der konservativen Regierungen zentimeterweise beschnitten wurden. Ein sicheres Indiz für die Gefahr, die dem demokratischen Standort Deutschland wieder droht, ist indes die bei Unternehmern und manchen Politikern verbreitete Hochschätzung der kleinen Tiger Ostasiens, deren wirtschaftlicher Erfolg mittels der alten konfuzianischen Tugenden Gehorsam, Disziplin und Fleiss und deren Verachtung von

Demokratie und Menschenrechten sie beeindruckt. Als ob der Weg in die Zukunft über die Wiederbelebung der traditionellen deutschen Anfälligkeit für Autoritarismus führte.

Gegen die Rezepte der Neokonservativen und der Neoliberalen ist daher an einige Grundtatsachen der bürgerlichen Moderne zu erinnern, die zu erhalten Voraussetzung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen demokratischen und freien gesellschaftlichen Entwicklung ist. Zugleich mag in einer solchen Erinnerung eine Antwort liegen auf die bedrückende Frage, was die moderne Gesellschaft zusammenhalten könnte. Es ist eine Illusion zu glauben, dass sich der alte Kitt wiederherstellen liesse mit einer «Wideraufforstung von Sinn- und Pflichtmotiven» (Helmut Dubiel), mit traditionellen, vordemokratischen Motiven aus der Zeit vor der Aufklärung.

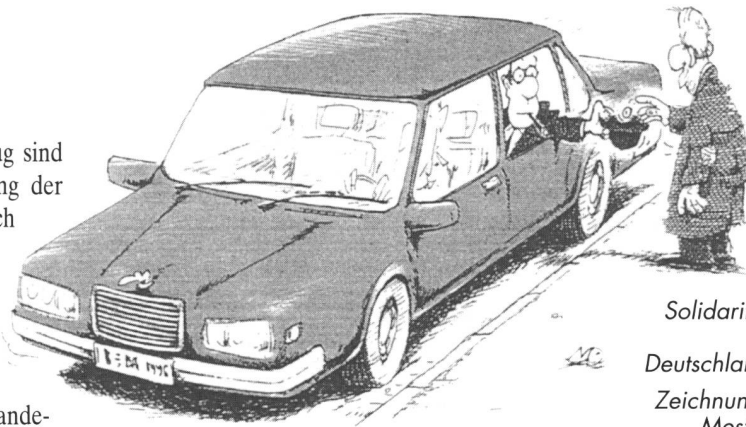
Das Projekt der Moderne beruht auf der Befreiung von Unmündigkeit

Diese Befreiung gilt für alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur für die wenigen, die es, von glücklichen Umständen begünstigt, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln schaffen. Es war der Sündenfall des frühen Liberalismus und der erste Verrat am Geist der Moderne, dass er Freiheit reduzierte auf Gewerbefreiheit, auf die Durchsetzungsfrei-

heit derer, die stark genug sind am Markt. Die Bedingung der Freiheit aller, eine durch politische Rahmenbedingungen verbürgte Chancengleichheit, hat dieser Wirtschaftsliberalismus nach Kräften ignoriert. Und auch jene andere ganz wesentliche Bedingung

hat er ignoriert, die für den Erfinder der Marktfreiheit, Adam Smith, noch selbstverständlich war: dass nämlich die Marktgesellschaft, wenn sie denn einigermaßen sozialverträglich funktionieren soll, sich nicht kraft ihrer eigenen Logik stabilisieren kann, dass vielmehr ihr Prinzip des Eigennutzes als Bedingung der Freiheit aller eingebunden sein muss in moralische Ressourcen, das heisst religiöse, kulturelle, politische Normen, die sie nicht selbst produzieren kann. Der berühmte französische Historiker Alexis de Tocqueville, der schon früh den bürgerlichen Individualismus kritisiert hat, fand die Voraussetzungen einer gelingenden Marktgesellschaft (Solidarität, Gegenseitigkeit, Orientierung am Interesse der Allgemeinheit) aufs beste realisiert in der nordamerikanischen Demokratie seiner Zeit.

Dass sich das inzwischen auch in den USA längst geändert hat, ist bekannt. Die Einsicht allerdings, dass es dennoch so sein sollte, gilt weiterhin. Wie können heute, unter den Bedingungen fortgeschrittener und wohl auch unumkehrbarer Individualisierung, die notwendigen Voraussetzungen einer Gesellschaft definiert und geschaffen werden, die nicht zur Wolfsgesellschaft entarten soll? Wie kann gegen die neoliberale Tendenz, Freiheit zu halbieren, konkrete Freiheit für alle durchgesetzt werden – so dass



Solidarität
in
Deutschland
Zeichnung:
Mester

nicht, wie es derzeit geschieht, eine grosse und wachsende Zahl von Menschen, Arbeitslosen, Behinderten, Gescheiterten, vom Hunger Vertriebenen auf der Strecke bleibt?

Der Abschied vom Staat

Der Abschied vom Staat, wie ihn der real existierende Neoliberalismus unter dem verschleiern den Slogan der «Deregulierung» vertritt – und damit die Selbst-Entlassung aus sozialer Verantwortung meint –, kann keine Lösung sein. Der jahrelange Verzicht auf eine perspektivische Jugendpolitik und Bildungspolitik, auf Gesellschaftspolitik überhaupt, lässt sich heute schon messen an zunehmender Entwurzelung vieler Jugendlicher, an ihrer Abkehr von Politik und Staat, an steigender schwerer Jugendkriminalität, die eine Fieberkurve der Gesellschaft ist, und an anderen «kollektiven Entmoralisierungsprozessen».

Die Folgekosten solcher unterlassener politischer Hilfeleistungen werden noch steigen. Und das hohle Wehklagen über den «Verfall der Werte» wird noch grösser sein als bisher – gerade bei denen, die Beihilfe leisten zum Verbrauch der sozialen Ressourcen und zum Absterben der Idee einer solidarischen Gesellschaft.

Demgegenüber ist darauf zu bestehen, dass die Sorge für soziale

Gerechtigkeit eine Staatsaufgabe ersten Ranges ist, wenn denn der Sieg des demokratischen Systems bekräftigt und der Absturz in den alten Totalitarismus verhindert werden soll. Das Bemühen um die Überwindung der Spaltung der Gesellschaft in immer Reichere und immer Ärmere, derzeit leider nicht erkennbar, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu «ihrem» Staat.

Von solcher Zustimmung und Beteiligung lebt die Demokratie. Denn der Staat der freiheitlichen Demokratie kann nicht selbst die Werte und Gesinnungen verordnen, die nötig sind, um das Gelingen einer offenen, freien und gleichen Bürgergesellschaft zu gewährleisten. Das muss unter den Bedingungen der Moderne, die den Absolutismus der Denkvorschriften verabschiedet hat, die Bürgergesellschaft selbst leisten. Aber der Staat darf sich nicht länger, wie eben jetzt, der Verantwortung entziehen für die gesetzlichen Rahmenbedingungen eines gleichberechtigten Zusammenlebens. Er muss moderieren und da, wo es not tut, die Schwächeren vor den Stärkeren schützen und durch sein Wächteramt dazu beitragen, die demokratischen Prinzipien Freiheit und Gleichheit, Selbstbestimmung und Teilhabe unter den Bedingungen extremen Wettbewerbs zu bewahren.

Das wird in der Weise geschehen können, dass die Politik die institutionellen und rechtlichen Bedingungen schafft, unter denen sich neu entstehende Formen verantwortlichen, solidarischen Handelns dort entfalten können, wo sich die herkömmlichen Institutionen nicht mehr als hilfreich erweisen. Ob die Kirchen sich dabei als förderliche Institutionen erweisen, dafür ist das «Sozialwort» zur wirtschaftlichen Lage eine denkbar gute Bewährungsprobe.

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist die Überwindung der Spaltung und die Beendigung der derzeitigen Politik der Spaltung fundamental. Ohne vertrauensbildende Massnahmen, durch die sich alle Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen und ernst genommen fühlen können, nicht nur jene mit wirtschaftlicher Macht, wird das nicht gehen. Und auch nicht ohne die engagierte Teilnahme möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger, ohne ihren Zuspruch oder Widerspruch – je nachdem. Das werden auch die Anfänger der Marktfreiheit anerkennen müssen, wenn sie die Wirtschaft nicht weiter an den Menschen und am wirklichen Leben vorbei in Richtung Abgrund steuern wollen. Denn ohne eine neue soziale Verständigung, ohne die Anerkennung der Tatsache, dass soziale Gerechtigkeit die Voraussetzung von Freiheit ist und dass ohne Anerkennung des anderen eigene Anerkennung auf die Dauer nicht zu finden ist, wird es für keinen gutgehen.

Wenn denn die Politik diese Einsicht verloren hat – dann werden die Bürgerinnen und Bürger ihr Beine machen müssen. Was denn sonst?